

# Dalitrechte - Menschenrechte

von Jürgen Weber

**Menschenrechtsgruppen in Indien fordern die Anerkennung der Rechte der Dalits als Menschenrechte - und hoffen dabei auf die Unterstützung der internationalen Zivilgesellschaft**

Die Rede des indischen Staatspräsidenten zum Tag der Republik am 26. Januar 2000 unterschied sich radikal von den Ansprachen vergangener Jahre. Ungewöhnlich offen sprach Kocheeril Raman Narayanan die Probleme der Dalits (bezeichnet die "Ex - Unberührbaren"; ein Begriff, der aus dem Sanskritwort 'dal' abgeleitet wird und 'gebrochen' bedeutet), Ureinwohner und Frauen in Indien an, und warnte davor, die Verfassungsbestimmungen für die Reservierungen in den Bildungseinrichtungen und im öffentlichen Dienst revidieren zu wollen: "...In unserem sozialen Leben scheint sich eine Art von Konterrevolution abzuspielen... Es gibt Anzeichen dafür, daß unsere privilegierten Klassen den positiven Maßnahmen, die unsere Verfassung vorsieht, überdrüssig werden..."

Von einem Teil des gesellschaftlichen Mainstreams als unbedeutend heruntergespielt, löste die Rede an die Nation in der von A.B. Vajpayee und seiner hindu-nationalistischen Partei (BJP) geführten Regierungallianz der 'nationalen Demokratischen Allianz' (NDA) einen offenen Streit über die präsidialen Machtbefugnisse aus. Wenige Tage später verkündeten der Staatspräsident und der Premierminister übereinstimmend, daß es zwischen ihnen keinerlei Diskrepanzen über die verfassungsmäßigen Garantien für die so genannten Scheduled Castes und Scheduled Tribes ("Registrierte Kasten" und "Registrierte Stämme" - Begriffe, die in der indischen Verfassung für die "Unberührbaren" und für die Adivasi/Ureinwohner verwendet werden) gibt, und eine von der Regierungallianz angekündigte Kommission zur Verfassungsüberprüfung lediglich die Umsetzbarkeit einiger Verfassungsartikel prüfen und eventuelle Verbesserungsvorschläge ausarbeiten soll.

Tatsächlich aber verbreitet sich unter den privilegierten Kasten und Klassen Indiens das Gefühl, daß die durch die indische Verfassung vorgesehenen Job-Reservierungen und Schutzgarantien nur eine Art Wohltätigkeitsleistung des Staates seien. Vergessen ist, daß diese direkt aus den Auseinandersetzungen und Kämpfen hervorgegangen sind, die die historische Dalit-Bewegung geführt hat. Ignoriert wird auch, daß seit über 2000 Jahren Bildung und gesellschaftlich-

cher Aufstieg in Indien das Monopol einiger weniger Kastengruppen geblieben sind. "In ihrem Herzen gab es keine Veränderungen", bemerkt ein Journalist des 'Dalit Media Network' aus Chennai (Madras) mit Blick auf diese alte und neue Elite. Und anders als im Westen, wo der Diskurs um Rassismus einen scharfen Fokus auf eine jahrhundertalte Tradition von Diskriminierung gerichtet hat, hat es in Indien nie eine moralische Verurteilung des Kastensystems und seiner sozialen Benachteiligungen gegeben.

Während die nationalen Führer und Kastenhindus lange Zeit hindurch den Kampf gegen die Apartheidspolitik in Südafrika unterstützten, stehen heute im dörflichen Indien die Häuser und Hütten der Dalits noch immer getrennt von denen anderer Kastengruppen. Und noch immer gibt es 'reine' Dalit-Dörfer. In den urbanen Zentren ist die Situation kaum besser. Anzeigentexte wie "Haus zu vermieten... nur für Brahmanen" sind an der Tagesordnung und werden nicht als Ausdruck einer rassistischen Grundeinstellung gesehen.

"Es gibt in Indien ausreichende Gesetze und Maßnahmen der Verfassung, doch es fehlt am politischen Willen, diese auch einzusetzen. Es fehlt der politische Wille des Staates, das Kastensystem zu überwinden", konstatierte der pensionierte Richter H. Suresh während einer Pressekonferenz in Chennai am 19. April 2000 anlässlich eines öffentlichen Tribunals über Menschenrechtsverletzungen gegenüber Dalits in Indien. Denn das Problem liegt an einem System der Verhinderung der Ausführung gesetzlicher Normen. Obwohl zum Beispiel die Angriffe auf Dalits und die Alltäglichkeit von Gewalt und Diskriminierung weiter zugenommen haben, kommt es in den wenigsten Fällen zu Anzeigenregistrierung und zur Aufnahme eines Gerichtsverfahrens. Zwischen 1994 und 1996 wurden landesweit insgesamt 98.349 Fälle als Verbrechen und Angriffe gegen Scheduled Castes registriert, darunter 1.660 Mordanschläge, 2.814 Vergewaltigungen und 13.671 schwere Körperverletzungen. Diese Zahlen werden von der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation 'Human Rights Watch' genannt. Die Berichterstatter geben zu bedenken, daß in einer der Situationen in der es den Dalits zumeist unmöglich gemacht wird

Anzeige zu erstatten, die aktuellen Zahlen weitaus höher zu beziffern sind. Menschenrechtler in Indien sprechen davon, daß nur etwa fünf Prozent aller Übergriffe überhaupt registriert werden und somit in die statistischen Werte Eingang finden.

An der Vertuschung der Gewalttaten spielen alle höheren Dienstgrade der Exekutive, medizinische Gutachter, herrschende Kastengruppen und Medien Hand in Hand. Untersuchungskommissionen, die nach größeren Massakern eingesetzt werden, sind oft besetzt mit Angehörigen der beschuldigten Kastengruppen und stellen ihre Arbeit dann ein, wenn die Medienaufmerksamkeit und das Politikerinteresse nachgelassen haben. Dazu kommt, daß die Polizei schlecht ausgebildet und schlecht motiviert ist: "So sorgen die 'Hüter von Recht und Ordnung' bei Konfliktfällen nicht für Gerechtigkeit, sondern für Ruhe bei den Aufmüpfigen", heißt es 1993 in einem Bericht der SPD-Bundestagsfraktion zur Menschenrechtssituation in Indien.

"Während wir arbeiten sollen wir nicht in ihre Nähe kommen. In den Teepausen benutzen wir spezielle Gläser, die wir dann auch selbst abspülen müssen... Uns ist es verboten, die Tempel zu betreten. Uns ist es nicht erlaubt, die Brunnen der Hochkastigen zu benutzen. Wenn wir nach unseren Rechten fragen, drohen sie uns damit uns rauszuschmeißen. Das passiert nämlich mit denjenigen, die ihre Rechte einfordern. Deshalb sagen wir nichts", berichten Müllsammler aus dem Ahmedabad District im indischen Unionsstaat Gujarat.

**Ein Versuch, Bewußtsein zu bilden - die 'National Campaign on Dalit Human Rights' (NCDHR)**

Als vor zwei Jahren der fünfzigste Jahrestag der politischen Unabhängigkeit Indiens gefeiert wurde, demonstrierten Dalit-Männer mit nackten Oberkörpern oder trugen schwarze T-Shirts, um zu zeigen, daß die Errungenschaften der Unabhängigkeit an ihnen vorbeigegangen sind. Die rund 240 Millionen Dalits in Indien leben weiterhin unter "unmenschlichen" Bedingungen und die allermeisten unter ihnen am oder unterhalb der staatlich definierten Armutsgrenze von 1.100 Rupien im Monat. Ih-



nen fehlt es an materiellen Mitteln und politischem Schutz, ihre fundamentalen Rechte einzufordern.

Bis heute hat die soziale Gewalt gegen Dalits das Interesse und die Aufmerksamkeit "bürgerlicher Kreise", von Anwälten und Gelehrten, die sich konventionell mit Menschenrechten beschäftigen, nicht gefunden. Gehören diese doch überwiegend selbst den privilegierten städtischen Eliten und herrschenden Kasten an.

Einen erneuten Versuch, eine größere Aufmerksamkeit zu erlangen, hat deshalb vor zwei Jahren eine Gruppe indischer Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten unternommen, und zum "Weltmenschenrechtstag" am 10. Dezember 1998 die nationale Kampagne "LET US CAST OUT CASTE - DALIT RIGHTS ARE HUMAN RIGHTS" gestartet. An deren Beginn stand die gemeinsame Arbeit an einer Studie zur Effektivität der Einführung des Gesetzes zur Verhinderung von Greuelthaten gegen die SC (Scheduled Castes) und die ST (Scheduled Tribes) von 1989 im Vordergrund. Die Ergebnisse zeigten, daß 50 Jahre nach der Unabhängigkeit Indiens und der Verabschiedung der UN-Menschenrechtskonvention Unberührbarkeit ("Untouchability") weiterhin Alltagspraxis in Indien ist. Das entgegen dem verfassungsmäßi-

gen Verbot jeglicher Art von Diskriminierung und der in den Artikel 17 der Verfassung der Republik Indien eingeflossenen Norm: "Unberührbarkeit ist abgeschafft." In Kooperation mit 'Human Rights Watch' (HRW) wurde im April 1999 der umfangreiche Bericht "Broken People: Caste Violence against India's Untouchables" herausgegeben, indem die Menschenrechtsverletzungen ausführlich dokumentiert werden. Inzwischen ist die Dokumentation in acht verschiedene Hauptsprachen Indiens übersetzt worden.

Angeführt von Dalits hat die Kampagne die Unterstützung und Solidarität von anderen sozialen Bewegungen in Indien, wie auch aus akademischen Kreisen und einigen kirchlichen Verbänden, die auf dem internationalen Tableau der Zivilgesellschaft für den Schutz und die Verbreitung von Menschenrechten auch für Dalits in Indien arbeiten, erhalten. Dabei zielte eine landesweite und internationale Unterschriftenkampagne von Anfang an auf die Verurteilung des Kastensystems als die Ursache von Diskriminierung und Verbrechen. Die Internationale Konvention zur Abschaffung der Rassendiskriminierung müsse erweitert werden, fordern daher die Initiatoren der Kampagne, damit die Diskriminierung auf Grund von Kastenzugehörigkeit eingeschlossen, und ein Sonderberichter-

statter oder einer Arbeitsgruppe über die Praxis von Unberührbarkeit in Asien bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eingesetzt werden kann. Über allem aber steht die Forderung nach Anerkennung der Rechte der Dalits als Menschenrechte.

### Das 'National Public Hearing on Dalit Human Rights' (NPH) in Chennai

Zum Abschluß der eineinhalbjährigen Kampagne und als Start für die Lobbying-Aktivitäten im Hinblick auf die VN Konferenz gegen Rassendiskriminierung im Jahre 2001, fand am 15. bis 19. April in Chennai ein 'National Public Hearing' statt. Organisiert wurde es von den Initiatoren der 'National Campaign of Dalit Human Rights' und 'Peoples Watch', einer Menschenrechtsorganisation aus Madurai (Tamil Nadu).

Schon vor rund 15 Jahren gab es den Versuch von Dalit-Organisationen, durch eine Internationalisierung der Situation der Dalits das Bewußtsein von Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und innerhalb des Vereinten Nationensystems zu schärfen.

Im Jahr 1993 wurde auf Druck internationaler Organisationen das Gesetz zum Schutz von Menschenrechten verabschiedet und eine Kommission eingesetzt, die die verfassungsmäßigen



Dalits im Dorf Themnavur/Tamil Nadu, was im Mai diesen Jahres attackiert und teilweise niedergebrannt wurde (Foto: C. Kumaran)



Grundlagen für eine nationale und staatliche Menschenrechtskommission in den einzelnen Unionsstaaten und einen Gerichtshof für Menschenrechte schaffen sollte.

Sechs Jahre später kommt die Jury des 'National Public Hearing', bestehend aus den ehemaligen Richterinnen und Richtern H. Suresh, K. Punnaiah, Amir Das, V.R.K. Iyer, R. Sachar, der ehemaligen Vorsitzenden der Nationalen Frauenkommission M. Giri, der Vizekanzlerin der Tirunelveli-Universität Vasanthi Devi, der Anwältinnen Rani Jethmalani und Sona Khan, dem Sozialwissenschaftler R.K. Nayak und der Dalit-Schriftstellerin Kumud Pawde auf ihrer abschließenden Pressekonferenz zu einem vernichtenden Urteil über die jüngeren staatlichen Bemühungen, die verfassungsmäßigen Schutzgarantien für die Dalits umzusetzen. Die Jury wie auch die an den Tagen des öffentlichen Tribunals jeweils ca. 1000 ZuhörerInnen hörten dabei aus den Darstellungen von Tatzeugen und Opfern, daß sich an den vielfältigen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung der Dalits im wesentlichen nichts geändert hat: "Wir hörten bedrückende Berichte über Praktiken von Unberührbarkeit, der Gewalt gegen Dalits, über die Alltäglichkeit von Diskriminierung, und nach all den uns zu

Ohren gekommenen Fällen wird uns bewußt, daß trotz der Tatsache des 1993 verabschiedeten Gesetzes zum Schutz der Menschenrechte, trotz der dadurch in Gang gekommenen speziellen Maschinerie und trotz der Einsetzung der Sondergerichte unter dem Gesetz zur Verhinderung von Greuelthaten gegen die SC (Scheduled Castes) und die ST (Scheduled Tribes) von 1989,

1. der indische Staat an der Aufrechterhaltung der Gewalt gegen Dalits festhält,

2. der indische Staat und die dominanten Kastengruppen in allen Sektoren der Gesellschaft eng zusammenarbeiten,

3. es versäumt wird, die Rechte und Gesetze zu vollziehen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen um die Dalits vor den Gewalttaten dominierender Kastengruppen zu schützen,

4. die Gerichte auf die Verletzungen der Menschenrechte der Dalits nicht mit der notwendigen Sensibilität und Dringlichkeit reagieren".

Begonnen hatte die Veranstaltung mit dem Bericht über ein Massaker, das von der dominierenden landbesitzenden Kaste an Dalits in dem Dorf Kambalapalli (Karnataka) am 11. März 2000 ausgeübt wurde. Wie in diesem wurde auch bei den folgenden 60 vorgebrachten Fällen (über 100 Fallberichte von Menschen-

rechtsverletzungen aus insgesamt 15 Unionsstaaten wurden dem Sekretariat des NPH im Vorfeld zugesandt) sehr schnell deutlich, daß die Wurzeln der Gewalt historisch weit zurückreichen und mit dem spezifisch stratifizierenden, dadurch Machtbehauptungs- und Ausbeutung legitimierenden Prinzip des Kastensystems zusammenfallen.

Mit dem ersten Auftritt im Zeugenstand veränderte sich sogleich auch die Atmosphäre im Publikum. Nicht mehr von einem "historischen Ereignis" und vom "größten Geschenk Indiens zum 110. Geburtstag für B.R. Ambedkar" (dem ersten Justizminister des politisch unabhängigen Indien und Vorsitzenden des Ausschusses, der den Verfassungsentwurf ausarbeitete; gleichzeitig war er in der ersten Hälfte des 20. Jhs. der wesentliche Initiator der Emanzipationsbestrebungen der Ex-Unberührbaren), wie in den Begrüßungsansprachen, war von nun an die Rede. Bestimmend wurden die in den verschiedenen indischen Landessprachen vorgetragenen persönlichen Erlebnisse. Aus zehn Unionsstaaten, vorwiegend ländlichen Regionen, reisten Frauen, Männer und Kinder auf Einladung der Veranstalter nach Chennai an, begleitet von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lokaler Menschenrechtsgruppen, die bei den Anhörungen die Rolle



Das Bild zeigt eine Augenzeugin der Ermordung von sieben Dalits in dem Dorf Kambalapalli bei ihrem Bericht vor der 'Jury'. Umgeben ist sie von Mitarbeitern des 'Fact Finding Teams' (Foto: J. Weber)



der "Anklagevertretung" übernahmen. Nach der kurzen Darstellung des Hintergrunds eines 'Falles' wurden in den zu "Gerichtssälen" umgebauten Räumen Frauen, Männer und Kinder aufgerufen, als Augenzeugen und Opfer von Gewalttaten an Dalits die Geschehnisse zu schildern und die Forderungen der Betroffenen zu verkünden.

Und bei einigen Aussagen verschlug es selbst den zumeist zungenfertigen ehemaligen Richterinnen und Richtern der Jury die Sprache. Immer wieder versuchten sie nachzuvollziehen, welche Dynamiken die soziale Ausdifferenzierung hervorbringt: Ob es noch andere Ursachen für den Konflikt gab und ob sich die Augenzeugen ihrer konstitutionellen Rechte und ihrer Würde bewußt seien, will etwa eine Jury-Angehörige wissen. "Früher waren wir die Malas (Bezeichnung für eine Hauptgruppe Dalits) und sie die Reddys (Bezeichnung für eine Hauptgruppe landbesitzender Kasten), sagt der Augenzeuge aus Kambalapalli, der zwei Töchter und die Ehefrau betrauert. "Irgendwann haben wir es zurückgewiesen, daß sie uns mit unserem Kastennamen rufen. Immer wieder gab es in der Vergangenheit Konflikte mit den 'Hochkastigen' im Dorf. Besonders schlimm wurde es aber, nachdem wir einen Kandidaten für den Dorfrat unterstützten, den die Großgrundbesitzer nicht wollten." Und er sagt auch wie nach ihm die meisten der Augenzeugen: "Von unseren Rechten weiß ich nichts." (Noch dürften vor der Veranstaltung die meisten von der NCDHR und der Existenz der Allgemeinen Menschenrechte gehört haben, wie die Versammlungsleiterin in Chennai und eine der Koordinatorinnen der Kampagne einräumte).

Nicht nur die mittlerweile auch in der indischen Medienöffentlichkeit diskutierte "Blutbäder", die vor allem in den Unionsstaaten Bihar und Tamil Nadu an Dalit-Gemeinschaften begangen werden, fanden an den zwei Tagen ein aufmerksames Forum. Der im Vorfeld in Frage gestellte Anspruch, Menschenrechtsverletzungen aus 22 Bereichen des sozialen und politischen Lebens zu behandeln (darunter Formen des sozialen Boykotts gegen Dalits; die Aufrechterhaltung des Systems der Zwangsprostitution/Devadasi von Dalit - Mädchen vor allem im südindischen Karnataka und in Andhra Pradesh; Untersuchungen indischer Gesundheitsorganisationen geben an, daß die Mädchen in einer Altersgruppe von zwei bis 25 Jahren sind; die Diskriminierung städtischer Müllsammler; das Schicksal von rund 40.000 Sklavenarbeiter; die erschreckende Zunahme der Gewalt gegen Frauen aus Dalit-Gemeinschaften; die Verweigerung von rechtmäßigem Landbesitz; usw.) um eine

möglichst große Bandbreite der Formen der Diskriminierung aufzuzeigen, stellte sich als der richtige Ansatz dar. Die enge Korrelation zwischen der Position der Kaste und dem Status bezüglich des ökonomischen Wohlstands, der Klassenposition, dem Zugang zu Bildungseinrichtungen und kulturellem Vermögen, der politischen und der patriarchalen Macht konnte damit aufgezeigt werden. Ein Resultat dieses Konzeptes war es auch, daß ansonsten wenig beachtete "gesellschaftliche" Verhältnisse in den zwei Tagen öffentliches Gehör fanden.

So berichtete etwa eine Gruppe von Anwälten aus Vellore von den miserablen Bedingungen der Gefangenen aus Dalit-Kastengruppen in den Gefängnissen. Nach einem Besuch im Zentralgefängnis von Vellore (Unionsstaat Tamil Nadu) berichteten sie: "Wir fanden Gefangene vor, die unfähig waren, noch alleine zu gehen. Ihre Körper waren übersät mit Wunden und Schwellungen. Ihnen waren die Kopfhare und die Moustaches abrasiert worden. Ein Gefangener berichtete uns, daß sie bei der Aufnahme schwer mißhandelt wurden. Der stellvertretende Gefängnisleiter hat sie als "blacks" beschimpft und das genügte schon um sie zu mißhandeln." Die Gruppe der Anwälte kommt zu dem Ergebnis: "Dalits sind Opfer von Folterungen und kommen während ihrer Haftstrafe ums Leben. Kastendiskriminierung und Kastenunterdrückung sind in den Gefängnissen alltäglich, und hinter den Gefängnismauern finden die Kastenkonflikte ihre Fortsetzung."

Für die Koordinatoren der NCDHR stellt die Veranstaltung einen wesentlichen Schritt dar, eine größere nationale Öffentlichkeit zu erreichen und die Aufmerksamkeit der internationalen Zivilgesellschaft auf die Menschenrechtsverletzungen gegen Dalits zu lenken. "Der ganze Prozess der zu dieser Veranstaltung geführt hat, ist eine sehr seltene und gute Erfahrung und ein Modell", sagt etwa H. Thiphagne von 'Peoples Watch', und fügt hinzu: "Wir wollen, daß die Bewegung von Dalits geführt wird und wir wollen eine einheitliche Stimme." Dabei sollen die Menschenrechte der verbindende Strang eines starken internationalen Netzwerkes und den verschiedenen "kulturellen, politischen, religiösen und sprachlichen Dalit-Gruppen" bilden.

Hauptsächlich aber sollte den Opfern ein Forum zur Verfügung gestellt werden. "Wenn Dalits davon öffentlich sprechen können, können auch die Befürworter der Aufrechterhaltung dieser Strukturen nicht mehr einfach ihre Ohren verschließen und so tun, als sei die Situation nicht so dramatisch".

Doch es ging auch um Solidarität mit den Dalits und ihren Kämpfen. "Um

Druck auf die indische Regierung ausüben zu können, brauchen wir die Unterstützung aller solidarischen Kräfte", heißt es aus den Reihen der NCDHR, an der mittlerweile ca. 200 Gruppen und Organisationen beteiligt sind. "Andere Bewegungen der Dalits arbeiten mit ganz anderen Ansätzen. Alle haben jedoch einen gemeinsamen Feind: und das ist das Kastensystem. Wichtig sind die lokalen Aktivisten, die den Dalits ein Bewußtsein über die Rechte bringen können. "Ich rechne damit, daß der ganze Prozeß zehn bis 15 Jahre, wenn nicht länger, dauern wird", sagt Ruth Manorama, Mitinitiatorin der Kampagne und Versammlungsleiterin des 'National Public Hearing'. In diese Richtung äußerte sich auch ein Delegierter: "Die öffentliche Anhörung ist insofern wichtig für mich, weil mir das angstfreie Sprechen der Betroffenen und die offene Atmosphäre Mut gemacht haben an der Basis weiterzumachen."

### Erste Erfolge

Mit ihrem Erscheinen 1998 konnte die Menschenrechtskampagne zum Teil auf vorhandene organisatorische Strukturen zurückgreifen und an der Arbeit von Graswurzel-Bewegungen anknüpfen. Dies macht den vorläufigen Erfolg der Kampagne, die einige beachtenswerte Aktionen hervorgeracht hat, zumindest verständlicher. So wurden u.a.:

- 2.5 Millionen Unterschriften unter den Aufruf "Let us cast out Caste" in Indien, und rund 100.000 im Ausland gesammelt,

- in Hyderabad fand am 10. Dezember letzten Jahres eine Demonstration von 12.000 Menschen statt - an der Spitze Opfer der Massaker von Karamchedu, Tsundur und Vangpeutra, Namen von Orten, die berühmt-berüchtigt für Greuelaten gegen Dalits geworden sind,

- in Kerala wurde eine Ausstellung "indigener Kunst und Kultur" gezeigt, um ein Bewußtsein für die landlosen Dalits zu bilden,

- ein Informationspaket aus einem Memorandum, einer Dalit Charta für Menschenrechte, dem Kampagnen-Manifest und einem Poster wurde in verschiedene Landessprachen übersetzt und in großer Auflage verbreitet, sogenannte Black Papers für die Lobbyarbeit wurden auf nationaler und Staatenebene erstellt,

- Öffentliche Anhörungen auf regionaler Ebene (zum Teil zum ersten Mal in der Geschichte sprachen Dalits öffentlich von ihrer erlittenen Diskriminierung, so geschehen am 5. Dezember 1998 in Rajasthan) und sogenannte Anti-Untouchable Wochen, in denen Dalits auf Dorf- und Distrikt-Ebene massenhaft Tempel besuchten, von den gleichen Wasserquellen tranken und sogenannte inter-



caste Zusammenkünfte organisierten, wurden durchgeführt.

Als Erfolg wertet die Kampagne auch, daß am 5. Dezember 1998 die Regierung des Unionsstaates Rajasthan die Einrichtung einer Menschenrechts- und Frauenkommission bekannt gab. Auch die Regierung von Maharashtra kündigte die Einsetzung einer Menschenrechtskommission an.

Auf der internationalen Bühne arbeitet die Kampagne auf die 'World Conference Against Racism' im nächsten Jahr in Südafrika hin. Hierfür hat sie bisher neben der Unterstützung von 'Human Rights Watch', 'Amnesty International', der 'Minority Rights Group International', 'Oxfam', 'Christian Aid', u.v.a. auch die des 'World Council of Churches' (WCC) und der 'Lutheran World Federation' (LWF) gewonnen. In der BRD - zweitgrößter Handelspartner Indiens und unmittelbar mit Menschenrechtsfragen in Indien konfrontiert -, erfuhr die NCDHR anders als etwa in England, Belgien, Holland oder den USA nur einen bislang geringen Widerhall, sieht man von den Vernetzungsaktivitäten von 'Brot für die Welt' und der 'Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe' einmal ab.

Daß sich die künftige Menschenrechtsarbeit nicht nur auf Konferenzen und die Medienöffentlichkeit konzentrieren darf und daß Prozesse, die den Veränderungen in der Weltökonomie unterliegen, den Trend zur ökonomischen Marginalisierung und damit zur Zunahme der Gewaltanwendung gegen Dalits verstärken, darauf wurde in den Begrüßungsansprachen hingewiesen: Besonders Kancha Ilaiah (Menschenrechtsaktivist und Prof. an der Osmania Universität in Hyderabad) warnte vor einer zu starken Konzentration auf die Schutzbestimmungen und die Reservierungen für Dalits. Im Zeitalter der Globalisierung könne dies leicht in eine Sackgasse führen. Denn die fortschreitende Privatisierung des staatlichen Sektors entbinde die Unternehmen von den gesetzlichen Schutzbestimmungen. Auch müßten die eigentlichen Gründe für die Verfassungsüberprüfungen, wie sie von der Regierungallianz angekündigt worden sind, deutlicher benannt und bekämpft werden. Nach Kancha Ilaiah (und vielen anderen, die sich öffentlich zu Wort melden) geht diese Überprüfung gerade von denjenigen Kräften aus, die am System der Kastendifferenzierung und der Gewaltanwendung festhalten wollen. Er forderte die Kommission zur Verfassungsüberprüfung dazu auf, den Begriff Sozialismus zu bewahren. Denn für die Dalits und alle Ausgebeuteten sei es wichtig einen Begriff zu haben, der für die Vorstellung von Gleichheit und Gerechtigkeit stehe. Unter dem Beifall

des Publikums rief er aus: "Wenn sie den Namen der Nation Indien in der Verfassung durch Hindusthan ersetzen, gibt es für die Dalits nur eine Antwort: Dalitasthan!"

Für Frau Veena Nayyar (Staatliche Kommission für die SC/ST) ist es an der Zeit, daß die Dalit-Gruppen ihre Zersplitterung überwinden. Dieser Prozeß müsse von oben nach unten gehen. Wenn die "Unerreichbaren" (B.R. Ambedkar) von der Bewegung nicht erreicht werden würden, dann würde es in Indien auch keine soziale Revolution geben können. Der Kampf der Dalits sei nicht nur ein Kampf um Selbstrespekt, sondern um die Zurückgewinnung ihrer Würde. Veena Nayyar rief die Anwesenden dazu auf, eine "neue Bildungsoffensive für Dalits" zu starten, denn Bildung sei der Schlüssel für die Zukunft der Dalits. Schon jetzt sei der Graben zwischen einer Wissensgesellschaft und den Dalits riesig (so sind z.B. im Unionsstaat Orissa nur 2 Prozent der Dalits aufgrund ihrer schulischen Ausbildung überhaupt in der Lage, die für sie reservierten Jobs anzunehmen). An die Menschenrechtsaktivisten gerichtet, appellierte sie: "Geht auch in die Distrikte, geht von Dorf zu Dorf, ohne Ausnahme und sagt den Dalits dort welche Rechte sie haben. Überwacht den Prozeß wie ihre fundamentalen Rechte gesichert werden."

Damit traf sie in das Zentrum der Kritik von einigen Entwicklungs-NGOs und Basisgruppen in Indien an der "Arbeitsweise" der Kampagne. Diese sehen in einer "Ein-Punkt-Bewegung" keinen verlässlichen Verbündeten für ihre auf viele Jahre ausgerichteten Programme. Sie befürchten vielmehr, daß die Kampagne nur ein "kurzfristiges Ereignis" sein wird, das viele Hoffnungen der Dalit-Bevölkerung, Arbeitsenergien und Gelder verschlingen wird.

### Ein System "Sozialer Apartheid" in Indien

Welche Legitimation hatte die Jury von Chennai? Auf ihrer abschließenden Pressekonferenz verpflichteten sich die Jury-Teilnehmer den Opfern der Gewalttaten die gehörten Fälle innerhalb der nächsten sechs Monate der Regierung in New Delhi vorzulegen. Wird auf die Empfehlungen der Jury nicht reagiert werden, soll ein umfangreicher Bericht publiziert und internationalen Menschenrechtsgruppen übergeben werden. In diesem Zusammenhang bezeichnete die Anwältin Rani Jethmalani die Behandlung der Dalits in Indien als eine Form "sozialer Apartheid". Die Jury fordert deshalb von der Nationalen Menschenrechtskommission wie auch von der Generalversammlung der Vereinten Na-

tionen die Institution der Kaste als eine Quelle der Verletzung der Menschenrechte anzuerkennen. "Kaste muß genauso wie Rassismus und Apartheid behandelt werden. Das Kastensystem und die Praktiken von Unberührbarkeit müssen von der indischen wie der internationalen Gemeinschaft und ihren Administrationen endlich ernst genommen werden", so die Jury von Chennai.

Am Tag zuvor antwortete eine Zeugin des Kambalapalli Blutbades auf die Frage was ihre Forderung sei: *"Ich fordere nicht Gerechtigkeit für mich persönlich, sondern für alle von uns. Und ich fordere, daß die Verantwortlichen dieselben Schmerzen erleiden sollen, wie wir das heute tun."*

### Rückblicke

Als die indische Regierung am 31. März 2000 die Aufhebung weiterer Einfuhrbeschränkungen für über 700 Produkte verkündete, jubelte der Medien mainstream und inthronisierte "den Konsumenten" endgültig als den König der neuen Märkte. Enthusiastisch malten sie das Bild von mit ausländischen Massenartikeln aufgestockten Läden, voll derjenigen Konsumartikel, die bisher nur im Satellitenfernsehen bewundert werden konnten, darunter Fischereiprodukte, Tee, Kaffee, Milch, Gewürze und Gemüse. In all dem überschwenglichen Jubel über die neuesten Schritte hin zur vollständigen Liberalisierung des indischen Wirtschaftsmarktes, gerieten Warnungen vor der Bedrohung für die Erwerbsmöglichkeiten von Millionen von Kleinproduzenten und landlosen HilfsarbeiterInnen ins Abseits. So sind 229 der 714 freigegebenen Produkte landwirtschaftliche Produkte, die einen zusätzlichen harten Preiswettbewerb zur Folge haben werden. Ein Wettbewerb, der zu Ungunsten der schon jetzt schlechtesten Bevölkerungsgruppen gehen wird.

Die Ankündigungen aus dem Ministerium für Handel und Industrie waren nicht die einzigen Schreckensmeldungen für die Dalits: In einigen Unionsstaaten wurde in diesem Frühjahr die staatliche Substitution für Grundnahrungsmittel und Kraftstoff für die Ärmsten der ökonomisch Armen gekürzt, was in die Höhe schnellende Preise für Grundnahrungsmittel nach sich zog. Die Begründungen sind dabei immer die gleichen - den Unionsregierungen fehlt es an Geld in ihren Haushaltskassen, während auf der anderen Seite die sicherheitspolitische Aufrüstung immer mehr Gelder verschlingt.

Für die Dalits in Indien bleibt in einer Situation, in der sich ausländische Investoren "die Klinge in die Hand geben",



nicht viel mehr als das Staunen über die neuen Technologien und der Verlust lebensnotwendiger Erwerbsmöglichkeiten. Zwar bedeutete die Arbeit beim Straßenbau, in den Steinbrüchen, als landwirtschaftliche Hilfskräfte oder in den Baumwoll- und Zementfabriken oftmals nur saisonale Einkaufsmöglichkeiten, doch selbst diese Perioden von Erwerbsarbeit werden immer geringer. Und während den Dalit-Frauen zumindest noch der Kredit einiger Teile der indischen Frauenbewegung und internationaler Entwicklungsagenturen in den "Armutslinderungskonzepten" sicher scheint, werden Dalit-Männer gelegentlich schon als für den Aufbau einer modernen Nation "überflüssige" Bevölkerungsgruppe definiert, wie SozialwissenschaftlerInnen in der angesehenen Zeitschrift 'Economic and Political Weekly' aus Mumbai feststellen können.

Im Zuge von verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Südostasien entdecken nun auch die Vereinigten Staaten und Europa das Markt- und Investitionspotential Indiens und eine "kaufkräftige und junge Mittelschicht". So reiste nach dem US-Präsidenten der deutsche Außenminister Fischer im April nach New Delhi - im Gepäck eine hochkarätige Wirtschaftsdelegation (u.a. Lufthansa AG, Siemens, Mannesmann, der Allianz). Weitere Besuche - Wirtschaftsminister Werner Müller, Bundespräsident Johannes Rau - noch in diesem Jahr sind geplant.

Wie bei allen Besuchen aus dem wohlhabenden Nordwesten hofften Dalit-Organisationen darauf, daß die hofierten ausländischen Machtstrategen das Thema der Menschenrechtssituation ansprechen würden. Doch sie wurden nicht nur vom US-Präsidenten, sondern auch vom deutschen Außenminister enttäuscht.

Dalit Organisationen interpretieren die "neutrale Haltung" damit, daß entgegen der Rede Fischers vor der 56. Menschenrechtskommission in Genf (März 2000), die Menschenrechte doch veräußerlich sind. Ausdrücklich reklamierte Fischer dort, daß bei Verletzungen von Menschenrechten - der individuellen, politischen als auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte - die Doktrin der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Geschichte geworden sei.

Die internationale Debatte leide aber auch daran, daß die lange Zeit vorherrschende künstliche und irreführende Trennung zwischen Bürgerrechten und politischen Rechten einerseits und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten andererseits weiterhin Bestand hat.

Für die Dalit-Organisationen, die sich in der NCDHR zusammengeschlossen haben, ergeben sich an die Bürgergesell-



Blick in den Sitzungssaal, in dem die Fälle verhandelt wurden (Foto: J. Weber)

schaften der westlichen Länder Forderungen nach Vernetzung von Menschenrechtsgruppen und -aktivisten, damit ein Bewußtsein darüber entstehen kann, daß Dalit-Rechte Menschenrechte sind. Sie fordern mit Nachdruck, daß der Kastenfaktor als Kriterium für außen- und entwicklungspolitische Entscheidungen der nationalen Regierungen und von Handels- und Finanzinstitutionen angewandt wird. Und schließlich fordern sie die nationalen wie internationalen Menschenrechtsgruppen dazu auf, ihre Bemühungen zu verstärken, damit die Internationale Konvention zur Abschaffung der Rassendiskriminierung erweitert wird: ihr Ziel ist die Aufnahme der Rassendiskriminierung auf Grund von Kastenzugehörigkeit.

Eine Interpretation, von der es verwundert, daß sie nicht schon längst Eingang in die internationale Debatte gefunden hat.

Die Menschenrechtskampagne darf allerdings nicht einer ahistorischen Verflachung unterliegen. Den Organisationen der Dalits geht es nicht nur um die Verletzung ihrer fundamentalen Rechte als indische Staatsbürger. Eine formale Gleichstellung ist ihnen zu wenig. Vielmehr haben sie sich zum Ziel gesetzt, die Macht und die Vorherrschaft der in Ökonomie und Politik dominierenden Herrschaftsgruppen zu brechen und ihren kulturellen Ausverkauf zu stoppen. Denn die menschenrechtsverletzenden Praktiken sind die Konsequenzen von wirtschaftlichen und politischen Interessen auf der Grundlage eines Systems, das die Dalits seit Jahrhunderten unterdrückt, und nicht wesentlicher Bestandteil einer Kultur, wie es kulturrelativistische Ansätze innerhalb und außerhalb Indiens für sich in Anspruch nehmen. Das "Dalit-Sein" ist also der entscheidende Faktor. Dieses Ver-

ständnis von den Rechten der Dalits in Indien ist zu einem Kampfbegriff der Dalit-Bewegung geworden. Die Menschenrechtskampagne verwendet diesen Begriff, um darauf hinzuweisen, daß die Probleme der Dalits in Indien Menschenrechtsprobleme sind und nicht partikuläre Interessen einer Minderheit.

(Der Autor lebt in Frankfurt am Main und hat an der J.W. Goethe Universität 'Erziehung und internationale Entwicklungen' studiert. Er ist seit mehreren Jahren im 'Nord-Süd-Bereich' mit der Problematik der Dalits in Indien befaßt, einer der Mitbegründer des 'Dalit Solidaritätsforum' in der BRD und in dem Verein 'Partnerschaft in der Einen Welt - Hilfe zur Selbsthilfe e.V.' aktiv)